

5182/AB XX.GP

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Haider und Kollegen haben am 16. Dezember 1998 unter der Nr. 5432/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Arbeitsleihverträge und Leiharbeit im öffentlichen Dienst gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass sich im Zusammenhang mit der EU - Ratspräsidentschaft Österreichs ein zeitlich begrenzter Personalbedarf ergeben hat, der im Rahmen der Stellenpläne für die Jahre 1998/99 nicht abgedeckt werden kann. Es war daher zwingend erforderlich, diesen Mehrbedarf in Form von Leiharbeitsverhältnissen abzudecken. Für solche Vertragsverhältnisse, die im Zusammenhang mit der EU - Ratspräsidentschaft eingegangen werden, sind gemäß dem Allgemeinen Teil des geltenden Stellenplanes keine Planstellenbindungen erforderlich. Dies gilt jedoch nur für die Zeit von 1. Jänner 1998 bis 30. Juni 1999.

Zu den Fragen 1 und 2:

In meinem Ressort sind 57 Personen aufgrund von Arbeitsleihverträgen beschäftigt. Diese werden in folgenden Bereichen eingesetzt:

Sektion I: Amtsdruckerei, Schreibpool;

Sektion II: EU - Koordinationsstelle der Kunstsektion;

Sektion III: Information und Mediendokumentation, Europa - Information;

Sektion IV: Koordination der Struktur - und Förderungspolitik, Angelegenheiten der Raumordnung und Regionalpolitik, Integrationspolitische Koordination, allgemeine Angelegenheiten der Nuklearkoordination, Angelegenheiten der nuklearen Nonproliferation, volkswirtschaftliche Angelegenheiten und Grundsatzfragen der Kooperationspolitik für die zentral - und osteuropäischen Staaten und die neuen unabhängigen Staaten;

Sektion V: Datenschutz, Medienangelegenheiten, rechtliche Angelegenheiten der europäischen Integration;

Sektion VI: Veterinärverwaltung, Lebensmittelangelegenheiten;

Sektion VII: Frauenangelegenheiten, Konsumentenschutz;

Kabinetts des Bundeskanzlers; Büro des Vizekanzlers; Büro der Frau Bundesministerin; Büro des Staatssekretärs.

Zu Frage 3:

Mit folgenden Firmen wurden Leiharbeitsverträge abgeschlossen:

Firma MANPOWER Personaldienstleistungen GesmbH., Oesterreichische Nationalbank, Arbeiterkammer Wien und Oberösterreich, Treuhand AG, Echo - Werbeagentur GesmbH., OMV, Österreichische Bundesbahnen, Magistrat der Stadt Wiener Neustadt, Berufsförderungsinstitut Linz, Gemeinde Wien.

Zu Frage 4:

In den Fachsektionen wurden Arbeitsleihverträge im wesentlichen nur im Zusammenhang mit der EU - Präsidentschaft abgeschlossen. Die Mitarbeit in den Büros von Regierungsmitgliedern, die nicht nur spezifische Fachkenntnisse und hohe Verfügbarkeit erfordert, ist u. a. dadurch bestimmt, daß sie vorübergehenden Charakter hat. Dies legt den Abschluß von Arbeitsleihverträgen nahe.

Zu Frage 5:

Die Kosten für die Arbeitsleihverträge betragen im Jahr 1998 insgesamt S 38,352.129,99.

Zu Frage 6:

EU - Personal: VA - Ansatz 1/10098/7280/401  
Personalbereitstellung

sonstige AL: VA - Ansatz 1/10008/7294/109  
Personalkosten gemäß Punkt 4 Abs. 7 Stellenplan  
(Arbeitsleihverträge)

Zu Frage 7:

Ich kann dieser Auffassung nicht zustimmen, da - wie zu Frage 6 ausgeführt - die Kosten für Arbeitsleihverträge separat bei den angeführten Verrechnungs -  
posten ausgewiesen werden.

Zu Frage 8:

Der Abschluß von zusätzlichen Leiharbeitsverträgen war für die besondere Situation in Zusammenhang mit der EU - Präsidentschaft erforderlich geworden, um den damit verbundenen zusätzlichen Arbeitsaufwand bewältigen zu können und erfolgte auch nur für diesen begrenzten Zeitraum.

Was den sonstigen Personalstand betrifft, ist es nur möglich, im Rahmen der Einsparungsquote - etwa durch Freiwerden einer Planstelle durch Pensionierung - Personal aufzunehmen.